



IHK Braunschweig



Außenwirtschaft aktuell

05/2023

Seminare	3
Export - und Zollabwicklung EU und Drittländer am 29. August	3
Umsatzsteuer im Auslandsgeschäft am 05. September.....	3
Sprechtage/ Unternehmerreisen/ Veranstaltungen	4
Ländersprechtage Frankreich (Online) am 04. Mai	4
Mitarbeiterentsendung nach Belgien und Luxemburg am 24. Mai	4
Delegationsreise nach Litauen vom 31. Mai - 03. Juni.....	4
Delegationsreise nach Zentralasien vom 25. – 29. September	5
BREL-Unternehmerreisen im September und Oktober	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
China: Weiterhin Zollausssetzung für Stein- und Braunkohle.....	5
Deutschland: Zollausssetzungen / Zollkontingente 2024.....	6
Deutschland: Fragebogen zur Berichterstattung bzgl. Lieferkettengesetz	6
EU: CO2-Grenzausgleich	6
EU: Stahl-Antidumpingmaßnahmen gegen China, Taiwan, Malaysia	7
EU: Stahl-Antidumpingmaßnahmen auch gegen Türkei	7
Ghana: Neue Regelungen für Elektrogeräte und erneuerbare Energieprodukte.....	7
Italien: Erleichterung bei Entsendung von Mitarbeitenden	8
USA: Quellensteuer – Formular W-8BEN-E	8
Vereinigtes Königreich (UK): Neue Importvorgaben für tierische Erzeugnisse und Pflanzenprodukte	8
Vereinigtes Königreich (UK): UKCA-Kennzeichnung.....	9
Vietnam: Erleichterter Import von Medizintechnik	9
Ländernotizen	9
Dänemark: Abschwung der Wirtschaft wird durch pharmazeutischen Aufschwung gemildert	9
EU: Parlament stimmt für Verordnung über entwaldungsfreie Produkte.....	10
Frankreich: Wasser wird zum knappen Gut.....	10
Kasachstan: Wachsende Wirtschaftsbeziehungen zu China, Deutschland und Türkei	11
Schweden: Deutschland bleibt Schwedens größter Handelspartner	11
Serbien: Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs	12
Tschechische Republik: Mangan für Europas Elektromobilität	12
Ukraine: Neue Plattform bündelt deutsche Wiederaufbau-Hilfe	12
Vereinigtes Königreich (UK): Deutsch-britische Wirtschaft trotz der schwachen UK-Konjunktur	13

Veröffentlichungen	13
DIHK-Umfrage zu Auslandsinvestitionen 2023	13
21 Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der EU	13
GTAI-Fact Sheet „Westbalkan“	13
GTAI-Fact Sheet „Arabische Golfstaaten“	14
IHK-Impulspapier zum „Inflation Reduction Act“	14
Verschiedenes	14
Neue OECD-Regeln für Exportfinanzierung	14

Seminare

Export - und Zollabwicklung EU und Drittländer am 29. August

IHK Braunschweig, 220,00€

Gerade für Anfänger im internationalen Geschäft ist die Vielzahl von unterschiedlichen Dokumenten oft verwirrend. Im Seminar werden die wichtigsten Dokumente vorgestellt und die Teilnehmer lernen anhand von konkreten Praxisfällen, wie diese Dokumente ordnungsgemäß ausgefüllt werden. Die umfangreiche Seminar-Dokumentation enthält neben allen wichtigen Dokumenten zahlreiche Checklisten, Ausfüllanleitungen und Beispielformulare mit vielen nützlichen Hinweisen aus der Praxis. Dabei werden insbesondere die Regelungen des Unionszollkodex behandelt. Die Teilnehmer/-innen lernen die verschiedenen Exportpapiere kennen. Anhand konkreter Aufgabenstellungen aus der Praxis lernen die Teilnehmer, die Formulare ordnungsgemäß auszufüllen. Grundkenntnisse werden vorausgesetzt.

Inhalte des Seminars

- EU Binnenmarkt
- Zoll-Grundlagen
- Ausfuhrverfahren ATLAS
- Warenursprung im Außenhandel

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Umsatzsteuer im Auslandsgeschäft am 05. September

IHK Braunschweig, 220,00 €

Grenzüberschreitender Handel mit Waren und Dienstleistungen gehört mittlerweile für viele Unternehmen zum Alltag. Doch nach wie vor gibt es Unsicherheiten bei der korrekten umsatzsteuerlichen Abwicklung. Ziel des Seminars ist es, die Grundsystematik der Umsatzsteuer im Auslandsgeschäft anhand von einfachen Fällen zu verdeutlichen und mehr Handlungssicherheit zu vermitteln.

Inhalte:

- Vertriebswege (Eigenhandel, Kommissionsgeschäft, Handelsvertretung)
- Ortsbestimmungsregelungen bei Lieferungen
- Ortsbestimmungsregelungen bei sonstigen Leistungen/Mehrwertsteuerpaket

Das Seminar richtet sich an Unternehmer/-innen und Mitarbeiter/-innen von Unternehmen, die Fragen zur Umsatzsteuer in der EU mit grenzüberschreitenden Sachverhalten beantworten müssen. Ebenso Anfänger und alle, die ihr Wissen auffrischen möchten.

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Sprechtage/ Unternehmerreisen/ Veranstaltungen

Ländersprechtage Frankreich (Online) am 04. Mai

(online, kostenfrei, IHK Stade)

Frankreich ist gemessen an Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße nach Deutschland die zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU. Für die deutsche Wirtschaft spielt der Nachbar eine überragende Rolle als großer, verlässlicher Absatzmarkt und wichtiger Standort für deutsche Industriefirmen. Tendenzen Frankreichs, Produktion zu relokalisieren und Lieferketten stärker zu regionalisieren, könnten die Verflechtungen der deutsch-französischen Wirtschaft noch verstärken.

Auch wenn der deutsch-französische Motor auf politischer Ebene gelegentlich zu knirschen schien, bleibt dies auf Unternehmensebene bislang ohne Auswirkungen. In beiden Ländern erfordern vergleichbare Herausforderungen wie Ukraine-Krieg, Energiekrise, Klimaschutz, Digitalisierung und Fachkräftemangel vergleichbare Lösungen und verstärkte Kooperation. Das eröffnet in den kommenden Jahrzehnten Absatzchancen auf beiden Seiten. Wenn Sie sich für den Auf- oder Ausbau Ihres Geschäfts in Frankreich interessieren, so nutzen Sie gerne den kostenlosen Online-Sprechtage unter Federführung der IHK Stade, der am 4. Mai zwischen 10 und 13 Uhr über Microsoft Teams stattfindet.

Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

Mitarbeiterentsendung nach Belgien und Luxemburg am 24. Mai

(online, kostenfrei, IHK Ostfriesland und Papenburg)

Grenzüberschreitende Einsätze in Belgien und Luxemburg sind für deutsche Unternehmen mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden. Neben Geschäftsreisen oder Messebesuchen unterliegen insbesondere Dienstleistungen wie Montagen, Wartungsarbeiten oder Reparaturen von Maschinen und Anlagen sowie Arbeiten im Bereich Bau- und Baunebengewerbe sehr komplexen Regelungen.

In dieser Veranstaltung wird ein praxisorientierter Überblick über die Entsendevorschriften gegeben, die deutsche Unternehmen beim Einsatz von Mitarbeitern und bei der Erbringung von Dienstleistungen in Belgien und Luxemburg beachten müssen. Dabei wird auch aufgezeigt, welche Rechtsfolgen bei einer Nichtbeachtung der Vorschriften und Meldepflichten drohen. Die Veranstaltung findet digital statt.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Wir freuen uns über Ihre [Anmeldung](#).

Delegationsreise nach Litauen vom 31. Mai - 03. Juni

Die IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim lädt Unternehmen auch aus anderen norddeutschen Kammerbezirken ein, Litauen als Teil einer Wirtschaftsdelegation zu besuchen. Die teilnehmenden Unternehmen erhalten Einblicke in den litauischen Markt und in aktuelle Trends der litauischen Industrie und Digitalisierungsbranche, besichtigen Unternehmen und können weitere Kontakte zu lokalen Unternehmen knüpfen. Das Komplettpaket beinhaltet Programm, Logistik und Unterkunft. Informationen zu den Reisetagen und Kosten finden Sie in der [Programmbeschreibung](#).

Delegationsreise nach Zentralasien vom 25. – 29. September

Die DIHK organisiert gemeinsam mit der AHK Zentralasien eine Delegationsreise nach Kasachstan und Usbekistan vom 25.-29. September 2023. Die Reise richtet sich an die Hauptgeschäftsführungen und Präsidien der IHKs sowie an die Leitungsebene von interessierten Unternehmen. Ziel der Reise ist die Auslotung neuer Geschäftschancen sowie die Stärkung der Partnerschaften im Zuge der Diversifizierung von Lieferketten. Bei Interesse melden Sie sich bitte bis zum **15.05.2023** bei Thomas Börner (boerner.thomas@dihk.de).

BMEL-Unternehmerreisen im September und Oktober

Erkunden Sie neue Zielmärkte auf einer vom BMEL geförderten Unternehmerreise mit Besichtigungen, Seminaren, Gesprächsrunden und Store-Checks. In Briefings lokaler Experten erweitern Sie Ihre Fachkenntnisse, Besuche bei Importeuren, Groß- und Einzelhändlern vermitteln Ihnen konkrete Einblicke in die Konkurrenzsituation und das Preisgefüge für Ihre Produkte.

Aktuelle Reisen:

- Geschäftsreise Niederlande (Utrecht): Lebensmittel allgemein (11. - 14. September)
- Geschäftsreise Australien (Sydney) und Neuseeland (Auckland): Lebensmittel allgemein (25.- 29. September)
- Informationsveranstaltung mit Kontaktbörse Südkorea (Seoul) – Lebensmittel allgemein (05.10.2023)
- Geschäftsreise Belgien: Wein (17. – 29. Oktober)

Details finden Sie unter:

[Agrarexportförderung des BMEL::Interessenbekundung zu Unternehmerreisen 2023](https://www.agrarentwicklung.de/interessenbekundung-zu-unternehmerreisen-2023)
([agrarentwicklung.de](https://www.agrarentwicklung.de))

[Agrarexportförderung des BMEL::Ankündigung von Reisen und Ergebnismitteilungen](https://www.agrarentwicklung.de/ankundigung-von-reisen-und-ergebnismitteilungen)
([agrarentwicklung.de](https://www.agrarentwicklung.de))

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

China: Weiterhin Zollaussetzung für Stein- und Braunkohle

Bonn (GTAI) - China hat die bestehende Zollaussetzung für Stein- und Braunkohle bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Dadurch sparen Importeure zwischen drei und sechs Prozent Zoll. Details ergeben sich aus der [Veröffentlichung der Zolltarifkommission des chinesischen Staatsrates](#) vom 24.03.2023 (nur auf Chinesisch).

Deutschland: Zollaussetzungen / Zollkontingente 2024

Bonn (BMWK) – Die Sitzungen der EU-Kommission und der EU-Mitgliedstaaten der im Rahmen der halbjährlichen Verhandlungsrunden zu autonomen Zollaussetzungen/Zollkontingenten beginnen demnächst. Eine unverbindliche Übersichtsliste der in dieser Verhandlungsrunde aufgenommenen Anträge finden Sie auf der BMWK-Webseite unter der Rubrik - [AZZ: Neu- und Änderungsanträge, aktuelle Verhandlungen](#) im Absatz „Anträge aller Mitgliedstaaten an die EU-Kommission“. Autonome Zollaussetzungen/Zollkontingente werden auf Vorschlag der EU-Kommission vom Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit halbjährlich beschlossen. Diese Maßnahmen gelten für Einfuhren im gesamten Gebiet der EU; somit ist jeder Wirtschaftsbeteiligte in jedem Mitgliedstaat der Gemeinschaft berechtigt, eine einmal gewährte Zollaussetzung in Anspruch zu nehmen. Wirtschaftliche Einwände gegen Neuanträge können bis spätestens Anfang Juni 2023 – kurz vor der zweiten Sitzung der ETOG – beim BMWK eingereicht werden. Für bestehende Maßnahmen endet die Frist für wirtschaftliche Einwände bereits Anfang Mai 2023. In diesem [Formular](#) finden Sie das entsprechende Dokument für einen Einwand. Informationen zu Fristen finden Sie unter der Rubrik [AZZ: Erhebung von Einwänden](#).

Deutschland: Fragebogen zur Berichterstattung bzgl. Lieferkettengesetz

Eschborn (BAFA) – Der aktualisierte elektronische Fragenkatalog zur Berichterstattung nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ist jetzt verfügbar. Neben einer Struktur von Fragen und Antworten geben zahlreiche Freitextfelder die Möglichkeit, unternehmerische Realitäten individuell darzustellen und zu plausibilisieren. Der Fragenkatalog steht ab sofort als Online-Eingabemaske auf der [Webseite des BAFA](#) zur Verfügung. Die Berichte aller Unternehmen müssen über diese Eingabemaske erstellt und an das BAFA übermittelt werden. Zweck der Berichtspflicht ist, dass die Unternehmen nachvollziehbar darstellen, wie sie die inhaltlichen Sorgfaltspflichten in ihrer Unternehmenspraxis umsetzen, zum Beispiel im Risikomanagement und bei der Risikoanalyse. Zudem sollen die Unternehmen beschreiben, welche Maßnahmen sie konkret ergreifen, um die Situation der Menschenrechte und der Umwelt in ihren Lieferketten zu wahren bzw. zu verbessern. Die Berichte müssen entsprechend der Regelungen im LkSG auf der Webseite des Unternehmens veröffentlicht werden.

EU: CO₂-Grenzausgleich

Brüssel (DIHK) - Der EU CO₂-Grenzausgleich wird bereits am 01.10.2023 in Kraft treten und erfordert von den Unternehmen eine gründliche Vorbereitung. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) soll das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) ergänzen und sicherstellen, dass für Importe die gleichen Emissionspreise anfallen wie für Produkte, die innerhalb der Europäischen Union hergestellt wurden. Der CBAM berücksichtigt sowohl die Treibhausemissionen, die unmittelbar bei der Erzeugung von Produkten entstehen, als auch indirekte Emissionen, die durch die Herstellung von Vorprodukten oder den zur Produktion benötigten Strom entstehen. Zunächst soll er nur auf die folgenden Güter angewendet werden, die ein hohes Potenzial für Carbon Leakage bergen: Aluminium, Eisen, Stahl, Düngemittel, Strom, Wasserstoff und Zement.

Zusammen decken diese knapp die Hälfte der vom EU ETS umfassten Sektoren ab. Perspektivisch ist mit einer Ausweitung der betroffenen Produkte zu rechnen. Details zum CBAM finden Sie im [DIHK-Informationspapier](#).

EU: Stahl-Antidumpingmaßnahmen gegen China, Taiwan, Malaysia

Brüssel – Am 14.04.2023 hat die Europäische Kommission die Antidumpingmaßnahmen für Einfuhren von Rohrformstücken, Rohrverschlussstücken und Rohrverbindungsstücken aus rostfreiem Stahl ("SSTPF") aus China und Taiwan um fünf Jahre verlängert. Eine Auslaufüberprüfung hatte zuvor ergeben, dass das schädigende Dumping bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen erneut auftreten würde. Die Verlängerung folgt auf die Ausweitung der Maßnahmen auf Rohrstücke aus Malaysia am 03.03.2023, nachdem eine Umgehungsuntersuchung ergeben hatte, dass chinesische Hersteller dort Montagevorgänge nutzen, um die für sie geltenden Maßnahmen zu umgehen. Die ausgeweiteten Antidumpingzölle reichen von 5,1 % bis 12,1 % für Taiwan und von 30,7 % bis 64,9 % für China. Der auf die Einfuhren aus Malaysia ausgeweitete Zollsatz aus Malaysia beträgt 64,9 %, wobei zwei malaysische Hersteller von den von den Maßnahmen ausgenommen sind. Zu den Maßnahmen gelangen Sie [hier](#).

EU: Stahl-Antidumpingmaßnahmen auch gegen Türkei

Brüssel – Am 18.04.2023 hat die Europäische Kommission die Antidumpingmaßnahmen für Einfuhren von warmgewalzten Spulen aus nichtrostendem Stahl (SSHR) aus Indonesien auf Einfuhren von SSHR aus der Türkei ausgeweitet. Die Ausweitung der Maßnahmen folgt auf eine Untersuchung, die zuvor ergeben hatte, dass EU-Antidumpingzölle auf Einfuhren von SSHR aus Indonesien durch Einfuhren umgangen wurden, die vor dem Versand in die EU zur Endfertigung in die Türkei verschifft wurden. Zu den Maßnahmen gelangen Sie [hier](#).

Ghana: Neue Regelungen für Elektrogeräte und erneuerbare Energieprodukte

Bonn (GTAI) – Hersteller und Importeure sind künftig verpflichtet, neue technische Mindestanforderungen einzuhalten. Die ghanaische Energiekommission wird ab November 2023 mit der Durchsetzung von 19 Verordnungen über die Einfuhr und die Herstellung von Elektrogeräten und erneuerbaren Energieprodukten beginnen. Bei den Geräten handelt es sich unter anderem um Waschmaschinen, Reiskocher, Wasserkocher, Fernsehgeräte, Computer, Set-Top-Boxen, (Industrie-)Ventilatoren, Klimageräte, Warmwasserspeicher, Elektromotoren, Verteilertransformatoren und öffentliche Beleuchtung. Zu den erneuerbaren Energieprodukten gehören Solarmodule, Batterien für erneuerbare Energien, verbesserte Biomassekochherde und Wechselrichter. Die Verordnungen schreiben vor, dass Hersteller und Einführer der Geräte eine Genehmigung der Energiekommission einholen müssen. Die Geräte müssen die produktspezifischen Normen und Mindestanforderungen für die Energieeffizienz erfüllen. Auch Kennzeichnungsvorschriften sind einzuhalten. Die erforderlichen Produktinformationen sind in englischer Sprache zu verfassen. Die vollständige Liste der Verordnungen steht auf der [Webseite der Energy Commission](#).

Italien: Erleichterung bei Entsendung von Mitarbeitenden

Bonn (GTAI) – Die Frist für die Meldung der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung verschiebt sich: Die Entsendemeldung muss nun erst bei Beginn der Tätigkeit vorliegen. Bisher war erforderlich, eine Entsendung nach Italien bis 24:00 Uhr des Vortages zu melden. Seit dem 21. März 2023 gilt eine neue Abgabefrist. [Informationen zur grenzüberschreitenden Entsendung](#) stellt das italienische Arbeitsministerium auch in deutscher Sprache zur Verfügung.

USA: Quellensteuer – Formular W-8BEN-E

Bonn (GTAI) – Sogenannte FDAP-Einkünfte unterliegen in den USA einer Quellensteuer von 30 Prozent. Als [FDAP- Einkünfte](#) werden Dividenden, Zinsen, Miete und Lizenzgebühren sowie nicht gewerbliche Einkünfte bezeichnet, die nicht im direkten Zusammenhang mit einer US-Geschäftstätigkeit stehen. Grundsätzlich ist der Zahlende verantwortlich für die Einbehaltung und Abführung der 30-prozentigen Quellensteuer und die Steuerschuld für die Quellensteuer auf Zahlung liegt beim ausländischen Zahlungsempfänger. Hier ist dann zum Beispiel das Formular W-8BEN vorzulegen. In der Regel handelt es sich bei den meisten Einkünften deutscher Unternehmen aus dem US-Geschäft um keine FDAP-Einkünfte, sondern um Einkünfte, die in direktem Zusammenhang mit einer US-Geschäftstätigkeit stehen (effectively connected income) wie zum Beispiel die Lieferung von Waren. Um etwaige Haftungsrisiken zu vermeiden und den Sachverhalt steuerlich einzuordnen gehen viele US-Geschäftspartner jedoch auf Nummer sicher und fordern grundsätzlich alle ausländischen Geschäftspartner zur Abgabe des Formulars [W-8BEN-E](#) auf, auch wenn es sich nicht um FDAP-Einkünfte handelt. Um die US-Geschäftspartner zufrieden zu stellen und die Geschäftsbeziehung nicht zu gefährden, können deutsche Unternehmen auch in dieser Konstellation das Formular W-8BEN-E auszufüllen.

Vereinigtes Königreich (UK): Neue Importvorgaben für tierische Erzeugnisse und Pflanzenprodukte

Brüssel (DIHK) – Die britische Regierung hat am 5. April 2023 eine sechswöchige Konsultation zum neuen [Border Target Operating Model](#) veröffentlicht, das einen neuen Ansatz für Sicherheitskontrollen bei allen Einfuhren sowie gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrollen an den britischen Grenzen vorschlägt. Diese sollen in drei Etappen eingeführt werden:

- 31.10.2023: Ausfuhrgesundheitszeugnisse und Pflanzengesundheitszeugnisse werden für tierische und pflanzliche Erzeugnisse mit mittlerem Risiko eingeführt, die aus der EU nach Großbritannien eingeführt werden.
- 31.01.2024: Einführung von Dokumentenprüfungen sowie Warenkontrollen an der Grenze für tierische und pflanzliche Erzeugnisse mit mittlerem Risiko, die aus der EU nach GB eingeführt werden. Das Border Target Operating Model wird für Einfuhren aus dem Rest der Welt eingeführt. Gesundheitsbescheinigungen für Waren mit geringem Risiko und eine Voranmeldung für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse mit geringem Risiko sind nicht mehr erforderlich.

- 31.10.2024: Sicherheitserklärungen sind für EU-Einfuhren erforderlich. Parallel dazu wird durch die Nutzung des Single Trade Windows des Vereinigten Königreichs die Duplizierung von Voranmeldedatensätzen so weit wie möglich beseitigt. Weiterführende Informationen finden Sie auf der Veröffentlichung des [GTAI](#).

Vereinigtes Königreich (UK): UKCA-Kennzeichnung

Brüssel (DIHK) – Produkte, die in Großbritannien auf den Markt gebracht werden, müssen künftig mit einem UKCA-Kennzeichen versehen werden. Nach dreimaliger Verlängerung soll die Kennzeichnungspflicht mit einem UKCA-Kennzeichen nun endgültig mit dem 01.01.2025 für die meisten Produkte wirksam werden. Bisher sind keine weiteren Verlängerungen der einschlägigen Fristen absehbar.

Vietnam: Erleichterter Import von Medizintechnik

Hanoi (GTAI) – Für Pharmazeutika hatte die vietnamesische Regierung bereits Mitte Januar 2023 die Gültigkeit von Marktzulassungen bis Ende 2024 verlängert. Anfang März 2023 folgte auch die Verlängerung der Marktzulassungen für Medizintechnikprodukte. Diese gilt zunächst für bestehende Zulassungen bis Ende 2024. Ab 2025 können für Medizintechnikprodukte die Marktzulassungen dann ohne Enddatum ausgestellt werden. Weitere Veränderungen sind angekündigt. So sollen Schenkungen von Medizintechnik leichter möglich sein. Auch müssen Krankenhäuser bei Beschaffungen nur noch zwei Angebote einholen und nicht drei, wie bisher. Krankenhäuser sollen künftig bei Beschaffungen stärker Qualitätskriterien bei Entscheidungen in Betracht ziehen und nicht nur den Preis. Das vietnamesische Gesundheitsministerium will dafür noch Anweisungen erstellen. Unternehmen mussten nach den Regularien von 2021 auch die Preise ihrer Medizintechnikprodukte veröffentlichen. Diese Vorgabe ist zunächst ausgesetzt. Der vietnamesische Medizintechnikmarkt gilt als aussichtsreich. Etwa 90 Prozent des Bedarfs an medizintechnischen Geräten wird importiert. Der Staat hat eine Basiskrankenversicherung bereits auf den Großteil der Bevölkerung ausgeweitet. Allerdings muss der Staat noch mehr investieren, um eine medizinische Basisversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig steigt durch wachsende Einkommen der Anteil der Bevölkerung, der sich eine Behandlung im Privatsektor leisten kann.

Ländernotizen

Dänemark: Abschwung der Wirtschaft wird durch pharmazeutischen Aufschwung gemildert

Kopenhagen (AHK) – Die dänische Wirtschaft war zu Anfang des Jahres widerstandsfähiger als erwartet, da sich die Verbraucherausgaben stabilisiert haben, während das BIP gewachsen ist. Das stellte die Danske Bank in ihrem neuesten Nordic Outlook fest (April 2023).

Insgesamt schneidet Dänemarks Wirtschaft besser ab als die in Schweden und Finnland, allerdings bestehe ein deutliches Risiko, dass es in den kommenden Jahren zu einer Krise komme. Der private Verbrauch war 2022 rückläufig, beginnt sich aber wieder zu erholen. Aufgrund der Bemühungen der Haushalte über die Runden zu kommen, wird es zu erheblichen Umstellungen bei verschiedenen Verbrauchsarten kommen. Folgende Punkte hebt die Danske Bank zudem in ihrer Analyse hervor:

- Das dänische BIP-Wachstum wird voraussichtlich deutlich besser ausfallen als in unserer letzten Prognose erwartet, was teilweise auf den Boom in der pharmazeutischen Industrie zurückzuführen ist - abzüglich dessen ist eine Verlangsamung zu erwarten.
- Die Inflation ist Dank niedrigerer Energiepreise tendenziell rückläufig, die Kerninflation bleibt hoch.
- Der Konsum scheint sich aber nun trotz angespannter Hauspreise zu erholen.
- Ein enormer Leistungsbilanzüberschuss hat zur Vergrößerung der Zinsdifferenz zwischen Dänemark und dem Euroraum beigetragen.

EU: Parlament stimmt für Verordnung über entwaldungsfreie Produkte

Brüssel – Am 19.04.2023 hat das Europaparlament die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte angenommen. Unternehmen dürfen somit Produkte nur noch dann in der EU verkaufen, wenn Lieferanten eine Sorgfaltserklärung abgegeben haben. Sie bestätigt, dass das jeweilige Produkt weder von einer Fläche stammt, die nach dem 31.12.2020 abgeholzt wurde, noch zur Schädigung von Wäldern geführt hat. Unternehmen müssen auch nachweisen, dass diese Produkte den einschlägigen Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes entsprechen. Das bedeutet, dass die Menschenrechte und die Rechte der betroffenen indigenen Völker geachtet werden müssen. Unter die neuen Rechtsvorschriften fallen Rinder, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja und Holz, Kautschuk, Holzkohle, Druckerzeugnisse und einige Palmölderivate einschließlich der Produkte, die diese Rohstoffe enthalten, mit ihnen gefüttert oder aus ihnen hergestellt wurden (wie Leder, Schokolade und Möbel). Die EU-Kommission stuft innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung Länder oder Teile als Länder mit geringem, normalem oder hohem Risiko ein. Wie stark die Marktteilnehmer kontrolliert werden, richtet sich nach dem Risikoniveau des jeweiligen Landes. Die Verordnung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Vorher muss noch der Rat der EU zustimmen. Ausführliche Informationen finden Sie im [Verordnungstext](#).

Frankreich: Wasser wird zum knappen Gut

Paris (GTAI) – Frankreich droht ein Wasserproblem für Industrie und Landwirtschaft. Nach einem heißen und trockenen Sommer 2022 folgte zum Jahresbeginn 2023 eine bislang in ihren Ausmaßen noch nicht erlebte Winterdürre. Anfang März 2023 lagen 80 Prozent der Grundwasserstände des Landes der Wasserspiegel auf niedrigem bis sehr niedrigem Niveau. Damit ist bereits zu Jahresbeginn die sommerliche Wasserversorgung unsicher. Die Landwirtschaft ist als wichtigster Wassernutzer am intensivsten von einem sich ändernden klimatischen Umfeld betroffen. Wasserintensive Industrien wie die Chemie-, Papier- oder Nahrungsmittelindustrie müssen sich ebenfalls auf verlängerte Trockenphasen einstellen. Staatspräsident Emmanuel Macron hat den Erlass eines Wasserplans angekündigt und zu Wassereinsparungen aufgerufen, um den Wasserverbrauch von Landwirtschaft, Industrie und Bevölkerung dauerhaft und langfristig zu senken. Aber auch die bislang in Frankreich kaum angewandte Wiederverwertung von Gebrauchtwasser soll stärkeres Gewicht bei der Wassernutzung bekommen.

Die Milchwirtschaft sowie der Wein- und Lavendelanbau sollen den Anfang bei der Entwicklung und Nutzung innovativer Lösungen machen. Um die landwirtschaftlichen Betriebe beim wasserfreundlichen Umbau zu unterstützen, sieht der Investitions- und Innovationsplan France 2030 Förderungen in Höhe von 100 Millionen Euro vor. Auch für die Digitalisierung sowie den klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft stellt der Plan Fördermittel zur Verfügung.

Kasachstan: Wachsende Wirtschaftsbeziehungen zu China, Deutschland und Türkei

Moskau (AHK) - In den vergangenen Jahren ist Zentralasien zunehmend für China, die EU und die Türkei ins wirtschaftliche Blickfeld gerückt. Das rohstoffreiche Kasachstan ist ein wichtiger Konsummarkt. Davon zeugt die Dynamik seines Handels mit China. Laut dem Nationalen Statistikbüro Kasachstans tauschte China 2022 Güter und Dienstleistungen im Wert von 24,1 Milliarden US-Dollar mit seinem nordwestlichen Nachbarn aus, um 34% mehr als 2021 und nur um 8% weniger als der Wert von Kasachstans Handel mit Russland. Der deutsche Handel mit Kasachstan bezifferte sich laut dem Statistischen Bundesamt (Destatis) 2022 auf 9,7 Milliarden Euro, 90% mehr als 2021. Der Anteil am Gesamthandel Deutschlands lag bei 0,3%. Kasachstans Exporte nach Deutschland lagen 2022 bei 6,9 Milliarden Euro. Deutschlands Importe aus Kasachstan bestehen hauptsächlich aus Erdöl, welches im vergangenen Jahr hoch notierte. Deutschlands Exporte nach Kasachstan setzen sich überwiegend aus Investitionsgütern zusammen. Dazu gehören Maschinen, Anlagen, elektrotechnische und elektronische Geräte, Fahrzeuge und deren Teile sowie chemische Erzeugnisse und Pharmazeutika. Der Handel zwischen Kasachstan und der Türkei belief sich im zurückliegenden Jahr auf 6,3 Milliarden US-Dollar, um 54% mehr als 2021. Kasachstan exportierte Güter im Wert von 4,7 Milliarden US-Dollar in die Türkei (+60% zu 2021) und importierte sie im Wert von 1,6 Milliarden US-Dollar (+39%) von dort. Auf die Türkei entfielen 5% des Gesamtaußenhandels Kasachstans. [World Bank](#) (ENG), [Destatis](#)

Schweden: Deutschland bleibt Schwedens größter Handelspartner

Stockholm (AHK) - Deutschland blieb auch 2022 Schwedens wichtigster Handelspartner mit einem Gesamthandelsvolumen (Waren und Dienstleistungen) von 59 Mrd. Euro, was einem Anstieg von rund 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 entspricht. Im Warenhandel mit Deutschland belief sich der Wert der schwedischen Exporte auf 18 Mrd. Euro, während der Wert der Importe 27 Mrd. Euro betrug. Die durch die Coronapandemie angeschlagene Transportmittelbranche konnte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent erholen, genauer in den Bereichen PKW (+6,5 Prozent), LKW und Sonderfahrzeuge (+15 Prozent), sowie Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (+14 Prozent). Der Import von pharmazeutischen Erzeugnissen und Arzneimitteln hat sich weiterhin gehalten und nur wenig verringert (-0,9 Prozent). Der Zuwachs des schwedischen Exports nach Deutschland betrug knapp 20 Prozent. Die größten Umsatzzahlen machten Maschinen und Geräte mit einem Anstieg von 6,3 Prozent aus. Ebenso wuchsen die Exporte von Erzeugnissen der chemischen Industrie und nahestehenden Industriezweige weiter an (+34 Prozent). Während pharmazeutische Produkte 2021 nur um 0,8 Prozent gestiegen sind, verzeichneten sie 2022 einen Zuwachs von 41 Prozent.

Der Negativtrend in der Kategorie PKWs (-7,3 Prozent) und KFZ-Zubehör (-5,7 Prozent) setzte sich fort, während LKWs und Spezialfahrzeuge ein Exportwachstum von 41 Prozent verzeichneten. Der umsatzstarke Export von Papier und Pappe konnte sich von seinem Negativwachstum erholen (+ 33 Prozent). Auch der Export von Getreide-erzeugnisse wuchs stark (+34 Prozent).

Serbien: Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs

Belgrad (GTAI) - Serbiens Wirtschaft zeigt sich weiterhin krisenfest und bleibt auf Wachstumskurs. So wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 real um rund 2 Prozent zulegen. Mit dieser Prognose sind sich sowohl der Internationale Währungsfonds und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) als auch Serbiens Nationalbank einig. Maßgeblich für diese Entwicklung bleiben der private Verbrauch sowie Investitionen. Außerdem wird Serbien zunehmend zu einem attraktiven Beschaffungsmarkt. Es bleiben aber auch einige Risiken: Geopolitische Krisen und regionale Konflikte, steigende Preise sowie die abflauende Konjunktur in wichtigen Zielmärkten serbischer Exporteure sorgen für Unsicherheit.

Tschechische Republik: Mangan für Europas Elektromobilität

Prag (GTAI) - Die kanadische Gesellschaft Euro Manganese (EMN) will in Tschechien den Rohstoff in batteriefähiger Qualität aus Abraumhalden gewinnen. Eine Demonstrationsanlage startet in Kürze. Lagerstätten sind nicht neue Manganerzvorkommen, sondern Rückstände der vergangenen Pyrit-Förderung in der Bergbauregion um Chvaletice. Aus drei großen Abraumhalden des in den 70er Jahren stillgelegten Eisenerzbergbaus will die Firma Mangan Chvaletice hochreines Mangan gewinnen. Dieses tschechische Unternehmen, das seit 2016 zu EMN gehört, hält die Explorationsrechte an der Lagerstätte. EMN möchte sowohl die Lithium-Ionen-Batterieindustrie, als auch Hersteller von Spezialstahl und Aluminiumlegierungen beliefern. Das Chvaletice-Projekt sei die bislang einzige große nachgewiesene Manganreserve in der EU. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung spricht von einem "Leuchtturm-Projekt", das die rapide steigende Nachfrage nach sehr reinem Mangan in Europa bedienen wird und sich als lokale, zuverlässige Lieferquelle für europäische Batteriehersteller anbietet.

Ukraine: Neue Plattform bündelt deutsche Wiederaufbau-Hilfe

Berlin/ Kiew (GTAI) - Seit Ende März 2023 ist die neue [Plattform Wiederaufbau Ukraine](#) aktiv. Sie wurde von der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiiert. Der ukrainische Botschafter in Berlin, Olexii Makejew, nannte die Plattform "einen wichtigen Baustein für den Wiederaufbau" seines Landes. Er ermunterte die deutsche Wirtschaft, ihren Handel mit der Ukraine auszubauen und mehr Waren dort einzukaufen. "Das schafft Arbeitsplätze, und die Menschen kehren dann eher in ihre Heimat zurück." Udo Philipp, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), verwies auf die Investitionsgarantien des Bundes, mit denen auch Kriegsrisiken abgesichert seien. Als Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit nannte er die [Deutsch-Ukrainische Energiepartnerschaft](#), über die in den letzten Monaten wichtige Ersatzteile für zerstörte Kraftwerke und Umspannstationen beschafft wurden. Ein Schwerpunkt des Wiederaufbaus soll auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz liegen.

Vereinigtes Königreich (UK): Deutsch-britische Wirtschaft trotz der schwachen UK-Konjunktur

London (AHK) - Die im Vereinigten Königreich aktiven deutschen Betriebe stehen weiterhin vor großen Herausforderungen, erwarten aber wieder bessere Geschäfte als zuletzt. Das zeigt die [Frühlingsumfrage](#) der Deutschen Auslandshandelskammer (AHK) Großbritannien. Die größte Herausforderung für die Betriebe ist aktuell der Fachkräftemangel: 46 Prozent nennen dieses – teils durch die neuen aufenthaltsrechtlichen Restriktionen verursachte – Problem als Geschäftshemmnis. Jeweils 40 Prozent der Befragten kämpfen mit Handelsbarrieren und anderen Brexit-bedingten administrativen Mehraufwendungen beziehungsweise mit gestiegenen Energiekosten.

Veröffentlichungen

DIHK-Umfrage zu Auslandsinvestitionen 2023

Aufgrund der gestiegenen Energiepreise und der gebremsten Weltkonjunktur investieren deutsche Industrieunternehmen derzeit im Ausland weniger. Insgesamt gaben die Unternehmen an, dass zu Jahresbeginn 2023 nur noch 41 Prozent der Industriebetriebe im Ausland investieren wollen. Das ist der niedrigste Wert seit 2009 mit damals 40 Prozent. Zugleich will fast jeder dritte Industriebetrieb mit Investitionsplänen im Ausland damit vor allem Kosten sparen – ein sprunghafter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (26 Prozent). Die ausführlichen Umfrageergebnisse finden Sie auf der [Webseite des DIHK](#).

21 Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der EU

Offene Märkte, Rückenwind für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Regulierung mit Außenmaß, Bürokratieabbau und mehr: Die dringendsten Wünsche der deutschen Unternehmen an die Wirtschaftspolitik der EU hat die IHK-Organisation in den Europapolitischen Positionen zusammengefasst. Darin enthalten sind Vorschläge zur Verbesserung des europäischen Binnenmarkts, aber auch Themen wie etwa internationale Märkte, Corporate Social Responsibility, EU-Financen, Steuern, Industrie und Innovation, Mittelstandspolitik, Energie und Klima, Umwelt, Verkehr und Mobilität, Regional- und Strukturpolitik, Bildung, Beschäftigung und Integration, Bessere Rechtsetzung, Datenschutz oder Wettbewerbsrecht. Die Leitlinien stehen auf der [DIHK-Webseite](#) zum Download zur Verfügung.

GTAI-Fact Sheet „Westbalkan“

Das Factsheet gibt einen Überblick über den Wirtschaftsraum Westbalkan, zeigt aktuelle Trends und Entwicklungen auf und wirft einen Blick auf die spannendsten Branchen. Zudem schätzen Experten den Standort ein. Deutsche Unternehmen können sich so einen ersten Überblick verschaffen. Ein Schnellcheck gibt Tipps zum Markteinstieg. Die Publikation auf der [GTAI-Webseite](#) heruntergeladen werden.

GTAI-Fact Sheet „Arabische Golfstaaten“

Große Investitionsprojekte sollen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Kuwait, Katar und Bahrain von Öl und Gas unabhängiger machen. Davon können deutsche Unternehmen profitieren. Schon heute ist die Region ein wichtiger Exportmarkt für Deutschland: Mit einem Ausfuhrwert von knapp 19 Milliarden US-Dollar lagen die arabischen Golfstaaten im Jahr 2022 vor Mexiko und Indien. Auf vier Seiten informiert das [Fact Sheet](#) über die Potenziale, aber auch über die Risiken, die beim Geschäft mit den arabischen Golfstaaten zu beachten sind.

IHK-Impulspapier zum „Inflation Reduction Act“

Mit dem "Inflation Reduction Act" (IRA) wollen die USA den Klimaschutz vorantreiben – teils mit Nachteilen für EU-Unternehmen. Wie die EU auf diese Herausforderung reagieren sollte, hat die IHK-Organisation in einem [Impulspapier](#) analysiert. Anstelle von Abschottung sollte Europa aus Sicht der Unternehmen seine wirtschaftliche Attraktivität durch Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen, wie z. B. durch Bürokratieabbau und enge internationale Partnerschaften, stärken und einen Handelskonflikt mit den USA vermeiden. Gleichzeitig sind Maßnahmen der EU-Kommission kritisch zu betrachten, die in Richtung „Managed Trade“ und staatliche gelenkte Wirtschaft gehen.

Verschiedenes

Neue OECD-Regeln für Exportfinanzierung

Am 31.03.2023 haben sich OECD-Länder auf neue Regeln für die Exportfinanzierung geeinigt. Die von der EU initiierte Vereinbarung sieht eine Ausweitung des Anwendungsbereichs grüner oder klimafreundlicher Projekte vor, die für längere Rückzahlungsfristen in Frage kommen (d. h. im Rahmen der "Sektorvereinbarung Klimawandel" oder CCSU förderfähig sind). Dazu gehören Projekte in den Bereichen umweltverträgliche Energieerzeugung, CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Transport, Energieübertragung, -verteilung und -speicherung, sauberer Wasserstoff und Ammoniak, emissionsarme Produktion, Null-Emissionen Ammoniak, emissionsarme Produktion, emissionsfreier und emissionsarmer Verkehr sowie saubere Energiemineralien und Erze. Die maximale Kreditlaufzeit wird bei klimafreundlichen und umweltfreundlichen Geschäften zudem von 18 auf bis zu 22 Jahre und bei den meisten anderen Projekten von 8,5 und 10 Jahren auf bis zu 15 Jahre erhöht. Außerdem werden die Mindestprämienätze, die Exportkreditagenturen für ihren Versicherungsschutz berechnen müssen, bei längeren Kreditlaufzeiten gesenkt. Schließlich werden weitere Flexibilitäten in Bezug auf den Zeitplan der Rückzahlungen während der Laufzeit des bereitgestellten Finanzpakets eingeführt. Diese Reform tritt voraussichtlich im Laufe dieses Jahres in Kraft. Die Teilnehmenden des Übereinkommens sind die EU, Australien, Kanada, Japan, Korea, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz, die Türkei, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (ENG).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Braunschweig
Fachbereich Außenwirtschaft
Brabandtstraße 11
38100 Braunschweig

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt in einer Gemeinschaftsproduktion mit anderen IHKs zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk.de/braunschweig

Ansprechpartnerin der Industrie- und Handelskammer Braunschweig:

Carolin Illmer	Tel.: 0531 4715-271
	E-Mail: carolin.illmer@braunschweig.ihk.de
Doreen Weisheit	Tel.: 0531 4715-256
	E-Mail: doreen.weisheit@braunschweig.ihk.de